

Aus der Geschichte lernen

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß



Beate Bockting: Herr Kreiß, lassen Sie uns zunächst einen Blick in die Vergangenheit werfen. Sie haben während Ihrer Promotionszeit an der LMU München insbesondere über die Weltwirtschaftskrise 1929 – 1932 geforscht. Es werden immer wieder Parallelen zwischen der damaligen und der heutigen Krise gezogen. Was sind die wichtigsten Analogien?

Christian Kreiß: Die wichtigsten Parallelen sind die starke Vermögens- und Einkommenskonzentration und die hieraus folgenden Überkapazitäten. Nur einmal während der letzten etwa 100 Jahre war die Ungleichverteilung der Einkommen beispielsweise in den USA so stark wie 2007 – und das war 1928. Damals wie heute suchten übergroße Kapitalmengen nach lukrativen Anlagemöglichkeiten. Damals wie heute wurden daher weltweit große Überkapazitäten von Produktionsanlagen aufgebaut. So lag in den USA von 1930 bis 1938 die durchschnittliche Auslastung der Automobilfabriken bei nur etwa 40%, das heißt die Überkapazität betrug ein Jahrzehnt lang etwa 60%. Ähnliche Verhältnisse könnten auch in den nächsten Jahren in der Automobilindustrie auf uns zukommen, insbesondere in Europa, und auch in zahlreichen anderen Branchen.

BB: Zeitgleich zu den Schwierigkeiten, die die USA damals hatten, ihre enorme Güterproduktion abzusetzen, haben Banken, wie es heißt, »zu unvorsichtig Kredite vergeben« und wurden insolvent, während die Menschen »über ihre Verhältnisse gelebt« hätten. Genau das wird uns ja heute auch erzählt. Teilen Sie diese Interpretation, die darin enthaltenen Schuldzuweisungen? War das nicht vielmehr eine logische Folge des Kreditgeldsystems?

ChK: Das Kreditssystem ist heute viel ausgefeilter und sehr viel weiter verbreitet als damals, vor allem bei Konsumentenkrediten. In den letzten 20 Jahren lebten vermutlich mehrere hundert Millionen Haushalte weltweit »dank« Kreditaufnahmen über ihre Verhältnisse, das heißt, sie gaben regelmäßig mehr Geld aus, als sie einnahmen, ein unhaltbarer Zustand. Die Banken wussten streckenweise nicht, wohin mit dem vielen Geld und haben es in immer riskantere und unhaltbarere Projekte und Darlehen gesteckt. Ich habe das selbst als Banker von 1993 bis 2002 in drei verschiedenen Banken miterlebt. Die

»Die gewaltigen Überkapazitäten sind solange unsichtbar, solange die Kredite fröhlich vergeben werden, wie es bis 2007 der Fall war, und so lange man an die gängigen ökonomischen Wachstumsmodelle glaubt.«

eigentliche Ursache dafür liegt aber in unserem exponentiell wachsenden Kredit- und Vermögenssystem. Das drängt auf Dauer Banken und Kreditnehmer in solche Verhaltensweisen, wie wir sie die letzten 20 Jahre gesehen haben. Unsinniges Verhalten ist lange Zeit vom Markt belohnt worden: Je höher man

sich beispielsweise verschuldet hat, um weitere Immobilien zu kaufen, desto reicher wurde man. Wer bei dem »Spiel« nicht mitgespielt hat, hat verloren. Es war also nur eingeschränkt menschliches Versagen oder moralisches Versagen im Einzelfall, was sicher vorkam, sondern Systemversagen. Die spannende Frage ist: Welche Menschen haben die Regeln des Systems so gestaltet, wie sie eben gestaltet sind? Denn ganz konkrete Regeln werden immer von ganz konkreten Menschen gemacht. Regeln machen sich nicht von alleine, das System macht nie von alleine Regeln. Die machen immer Menschen mit bestimmten Interessen.

BB: Neben der steigenden Verschuldung gab es – wie Sie ja eingangs schon gesagt haben – damals wie heute diese enorme Einkommens- und Vermögenskonzentration. Ich glaube, Sie sind einer der wenigen Ökonomen, die die damit verbundene steigende Sparquote kritisch betrachten. Müsste man nicht eigentlich auch mal thematisieren, dass einige über ihre Verhältnisse *gespart* haben?

ChK: Natürlich. Unsere Eigentumsordnung, die unbegrenztes Akkumulieren von Vermögen über Dividenden, Bodenrenten und Zinsseszins nicht nur erlaubt, sondern geradezu



Während der Bankenkrise 1931 kam es zu so genannten »Bankfeiertagen«. Hier ängstigten sich Münchener Bürger um ihre Einlagen.

erzwingt, führt dazu, dass Vermögen und Geld sich in immer weniger Händen konzentriert. Und wenn man pro Tag 10.000 Euro oder Dollar auf sein Girokonto bekommt, kann man dieses Geld unmöglich konsumieren. Das kann man nur »sparen« bzw. weiterakkumulieren. Und das erzeugt auf der einen Seite das oben angesprochene Kapital-Überangebot, das über niedrige Zinsen zu Überinvestitionen führt. Auf der anderen Seite führt es zu Nachfrageausfall, der über vermehrte Kreditnachfrage von anderen Marktteilnehmern ausgeglichen werden muss, um einen Wirtschaftsabsturz zu verhindern. So werden bestimmte Marktteilnehmer, vor allem private Haushalte, in Überschuldung »verführt« – denn es gibt ja keinen strengen Zwang dazu.

BB: Dass immer mehr Kreditnehmer zahlungsunfähig werden ist doch logisch, wenn die Gesamtschuldenbelastung einer Gesellschaft ständig steigt, das notwendige Wirtschaftswachstum jedoch ausbleibt. Die Bankenwelt bereitet sich nun auf massive Abschreibungen und Abwicklungen vor. Ist das überhaupt machbar, ohne dass nicht auch entsprechend die Vermögen herangezogen werden?

ChK: Die Zahlungsunfähigkeit von immer mehr Kreditnehmern ist in dem System programmiert, es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Exponentialfunktion explodiert. Seit 2007 ist das der Fall, wir stehen am Beginn der Explosion, die bislang in Zeitlupe und auf Raten stattfindet. Bis etwa 2007 haben sich die Prozesse eher schleichend entwickelt, wie das exponentielle Wachstum von Bakterien oder Krebszellen vor dem Ausbruch der Krankheit. Seit 2007 ist die Krankheit ausgebrochen, wir stehen erst am Anfang. Bis jetzt versucht man, mit Antibiotika und Chemotherapie wie Gelddrucken und deficit spending die Krankheit zu unterdrücken. Das wird aber ins Leere laufen, da es nicht an die eigentliche Ursache des Krankheitsherdes geht. Massive Abschreibungen und Abwicklungen in der Bankenwelt sind ebenso unausweichlich wie dramatische Werksschließungen in der produzierenden Wirtschaft, ähnlich wie in den Jahren ab 1930. Aber es gäbe natürlich heute zwei Wege, wie man mit dem Problem umgeht. Entweder so wie wir es nach 1929 taten und seit 2007 tun, nämlich ohne Benennung der eigentlichen Ursachen und daher ohne jegliche Therapieaussicht – oder mit Vernunft. Wir haben die Wahl: Entweder es kommen starke Unruhen, Kataklysmen, soziale Verheerungen, indem wir das System einfach weiterlaufen lassen, wie es derzeit geschieht, oder wir gehen die Situation mit Vernunft an. Mit Vernunft heißt: Die Exponentialfunktion der letzten vielleicht 30 Jahre sanft rückabwickeln. Konkret: die Ungleichverteilung rückabwickeln, Nicht-Arbeits-einkommen aus Bodenrenten, Dividenden und Zinseszins bzw. die diesen zugrunde liegen-

»Die Zahlungsunfähigkeit von immer mehr Kreditnehmern ist in dem System programmiert, es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Exponentialfunktion explodiert. Seit 2007 ist die Krankheit ausgebrochen, wir stehen erst am Anfang.«

den Vermögen zum Tragen sozialer Lasten heranziehen und im Gegenzug Einkommen aus Arbeit entlasten. Dann gäbe es keine dramatische Depression. So könnten auch die armen Griechen und Spanier ihre tragische Arbeitslosigkeit relativ einfach abbauen: Geld ist genug da, nur falsch verteilt. Es gerinnt in zu wenigen Händen.

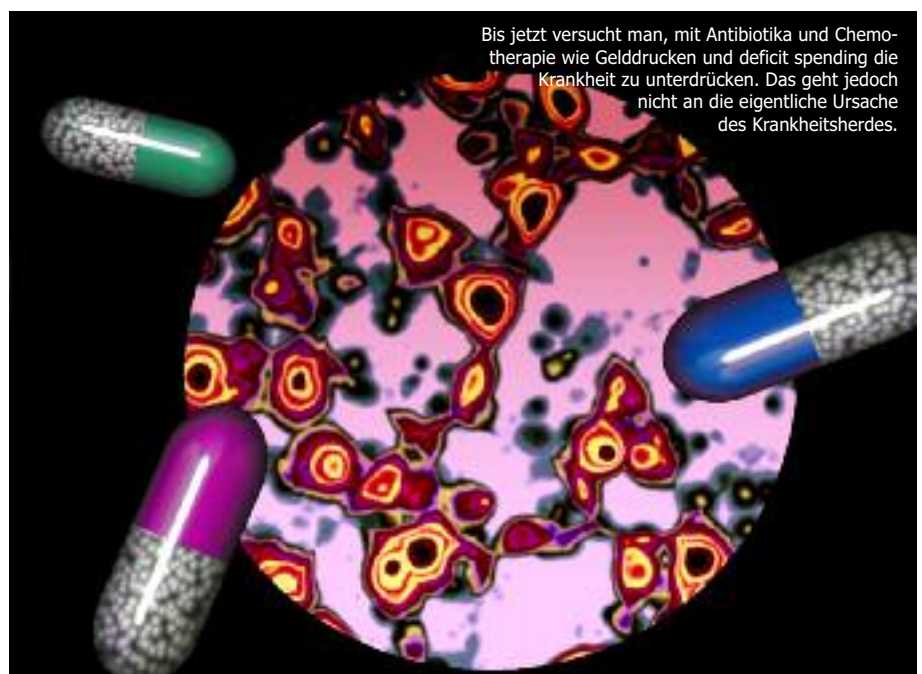
BB: Sie haben ja viele Jahre als Banker gearbeitet. Wie beurteilen Sie, wie das Bankensystem heute mit den Herausforderungen umgeht?

ChK: Man versucht zu vermeiden, dass die Probleme einer Bank sich auf andere Banken übertragen, wie das nach Lehman im September 2008 passierte. Man versucht, die einzelnen Probleme abzuschotten, zu isolieren, damit sie nicht »systemrelevant« werden.

Man versucht, einen Zusammenbruch des Bankensystems, wie er Mitte 1931 in Deutschland erfolgte, zu vermeiden. Damals gab es von Reichskanzler Heinrich Brüning verordnete »Bankfeiertage«, das heißt Bankschließungen, um Bankruins und weitere Bankzusammenbrüche zu vermeiden. Das hat damals aber nicht funktioniert, wird auch heute nicht funktionieren. Damals versiegte der Geldkreislauf, der wie der Blutkreislauf durch den wirtschaftlichen Organismus fließen soll, um ihn gesund zu erhalten, und die deutsche Wirtschaft erhielt den Todesstoß. Isolierung ist eine im Sinne des bestehenden Systems rationale Vorgehensweise. Aber sie geht nicht an die Wurzel des Problems, die zwanghaft exponentiell wachsenden Vermögen. Es sollen hier im Übrigen nicht die vermögenden Menschen angegriffen oder moralisch verurteilt werden. Es handelt sich um eine Systemfrage, die das Geld zwangsweise in immer weniger Hände spült, seien es moralisch höher oder weniger hoch stehende Menschen.

BB: Anfang der 30er Jahre wurde dies- und jenseits des Atlantiks die Geldmenge reduziert, wodurch alles noch viel schlimmer wurde. Heute machen die Notenbanken das genaue Gegenteil, sie versuchen durch niedrige Zinsen und ungewöhnliche Maßnahmen die Liquidität der Banken zu erhalten und die Kreditversorgung der Wirtschaft sicherzustellen. Beweist das, dass sie doch aus der Vergangenheit gelernt haben?

ChK: Ja, in diesem Punkt ja. So richtig diese Maßnahmen auch sind, so übersehen sie jedoch den eigentlich entscheidenden Punkt bzw. die entscheidende Ursache des großen Debakels von 1929 – 1940: die stark gestiegene Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen. Hier liegt die eigentliche Wurzel



Bis jetzt versucht man, mit Antibiotika und Chemotherapie wie Gelddrucken und deficit spending die Krankheit zu unterdrücken. Das geht jedoch nicht an die eigentliche Ursache des Krankheitsherdes.

des Problems. Und wenn an dieser Wurzel nicht angesetzt wird, so werden auch deficit spending und expansive Geldpolitik zwangsläufig ins Leere laufen. Mit anderen Worten: Obwohl man einige Lehren aus der Geschichte zog, hat man die zentrale Lehre übersehen. Die Situation heute ähnelt der, wie sie der spätere Ökonomie-Nobelpreisträger Paul Samuelson formulierte, als er 1931 in den USA Volkswirtschaft studierte: Was wir hier in den Hörsälen hören, hat absolut nichts zu tun mit dem, was wir draußen in der Wirklichkeit sehen. Heute ist die Situation ähnlich: Was die gängige Mainstream-Ökonomie erzählt, hat sehr wenig mit der ökonomischen Wirklichkeit draußen zu tun.

BB: Zur schnellen und großen Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise trugen damals auch der starke Außenhandel und Spannungen im Wechselkursystem bei. Auch aktuell geraten die Wechselkurse unter Druck. Durch die lockere Geldpolitik der großen Notenbanken nimmt u.a. der Außenwert dieser Währungen ab. Es ist bereits die Rede von einem Währungskrieg. Was steht uns hier bevor?

ChK: Wie gesagt, die große Krise steht uns noch bevor, wenn nicht wirklich an die Wurzel gehende Maßnahmen ergriffen werden und mehr Ehrlichkeit Einzug hält, wonach es momentan leider nicht aussieht. Die Unehrlichkeit im Umgang mit der Eurokrise und der Finanzkrise ist auf vielen Ebenen kaum mehr zu überbieten. Da es weltweit viel zu hohe Produktionskapazitäten gibt, dürfte es einen Wirtschaftskampf darum geben, wo wie viel Kapazität abgebaut wird. Das dürfte zu erheblichen nationalen Spannungen führen, vorsichtig ausgedrückt. Die weltweiten Pro-

duktionsverflechtungen sind heute ungleich größer als 1929. Entsprechend ist auch das Ausmaß der möglichen Wirtschaftskonflikte ungleich größer.

BB: Die, die schlau sind, haben ihre Schäfchen längst ins Trockene gebracht und in reale Werte investiert, insbesondere in Grund und Boden. Und viele sind immer noch da-

»Die Situation mit Vernunft anzugehen heißt: Die Exponentialfunktion der letzten ca. 30 Jahre sanft rückabzuwickeln.«

bei, sich Realvermögen anzueignen. Welche Folgen hat dies?

ChK: Das ist für die, die es tun, klug und geht zu Lasten derer, die es nicht tun. Die Investmentbanken machen es vor. Es gibt immer auch Krisengewinner, wie man zum Beispiel an der schlimmen Krise von 1907 sehen kann, aus der John Pierpont Morgan mit gewaltigen Gewinnen hervorging. Das war kein Zufall.

BB: Zum Thema Wirtschaftswachstum: Sie beschäftigen sich ja auch sehr mit der heu-

tigen Überproduktion unserer Wirtschaften. Woran machen sie diese fest?

ChK: Nun, in der Immobilienbranche vieler Länder ist es ja offensichtlich geworden, wie stark die Überproduktion war. Deutlich dramatischer dürfte es im produzierenden Gewerbe werden, weil daran direkt und indirekt noch sehr viel mehr Arbeitsplätze hängen. Man kann es festmachen an dem Keil, der sich gebildet hat zwischen dem tatsächlichen Wirtschaftswachstum der letzten, sagen wir, 30 Jahre und dem realen Anstieg der Medianeinkommen als Näherungsgröße für die Massenkaukraft. Massenproduktion ist nicht ohne Massennachfrage und diese nicht ohne Masseneinkommen möglich. Die Medianeinkommen sind in praktisch allen Ländern dieser Welt deutlich langsamer gewachsen als die tatsächlichen Produktionskapazitäten.

Die Lücke wurde durch Kredite geschlossen: Viele hundert Millionen Menschen weltweit haben in den letzten 30 Jahren mehr gekauft, als sie selbst verdientes Geld hatten. Dieser Keil beträgt vermutlich mehr als ein Drittel der Weltkapazität, wenn man unterstellt, dass die Weltwirtschaft seit 1980 von etwa 100 auf 230 gewachsen ist, die Weltmedianeinkommen wohl maximal halb so stark auf vielleicht 150. Das reale BIP der USA etwa wuchs zwischen 1980 und 2011 von 100 auf 231, die Medianeinkommen stiegen im gleichen Zeitraum dagegen nur von 100 auf 108. Das ist eine ganz gewaltige Nachfrangelücke, die sich da aufgebaut hat und die nun vor einer Bereinigung steht.

Die Weltproduktion müsste also um – vorsichtig geschätzt – gut ein Drittel zurückgeführt werden. Wenn wir allerdings ein undershooting zu dem in den letzten 30 Jahren erfolgten overshooting der Produktionskapazitäten erleben, könnte der Produktionseinbruch noch dramatischer ausfallen, bis zu 50%. 50%, also eine Halbierung der Produktion ist auch in etwa die Größenordnung, die wir in den Jahren 1930 – 1932 gesehen haben. So etwas läuft in den seltensten Fällen und in den wenigsten Ländern harmonisch und friedlich ab. Das Fatale ist: Diese gewaltigen Überkapazitäten sind solange unsichtbar, solange die Kredite fröhlich vergeben werden, wie es bis 2007 der Fall war, und so lange man an die gängigen ökonomischen Wachstumsmodelle glaubt. In denen sind diese Probleme unsichtbar. Der Glaube an die gängigen neoklassischen Wachstumsmodelle ist eine reine Glaubenssache. Dieser Glaube ist aber heute unter Ökonomen beinahe so weit verbreitet wie der an die einheitliche römisch-katholische Kirche in Europa vor 1517.

BB: Das allseits geforderte Wirtschaftswachstum im herkömmlichen Sinne kann also nicht die Lösung sein. In Ihren Vorträgen erklären



Die Ungleichverteilung rückabwickeln bedeutet: Nicht-Arbeitseinkommen aus Bodenrenten, Dividenden und Zinseszins bzw. die diesen zugrunde liegenden Vermögen zum Tragen sozialer Lasten heranzuziehen.

Sie, wie wir von der Katastrophe zur Anstrophe kommen können. Was brauchen wir für eine Wendung zum Guten?

ChK: Am Wichtigsten ist meiner persönlichen Einschätzung nach, was jeder einzelne Mensch ganz konkret zu einer Vermenschlichung unserer Wirtschafts- und Sozialwelt beiträgt. Das »Mehr-Haben-Wollen« ist oft tief in unseren Seelen verankert. Jeder Einzelne kann darüber sinnieren: »Wo kann ich auf Unnötiges verzichten?« Je mehr Mitmenschen dies tun, desto gesünder wird unsere Wirtschaft werden, das krankhafte Wachstum darf dann endlich aufhören. Ein anderer Gedanke, über den man sinnieren oder meditieren kann, ist: »Von Geld kann man nicht leben, man lebt immer von der Arbeit anderer Menschen.« Je mehr Menschen bei Renditeansprüchen bescheidener werden, je mehr Menschen verantwortlich mit Geld umgehen, umso umwelt- und menschengerechter wird unsere Ökonomie werden. Darauf zu warten, dass andere oder z.B. Politiker anfangen, ist meiner Einschätzung nach nicht zielführend. Wenn immer mehr Menschen immer menschlicher denken, wird dies auch Eingang ins »System« finden. Unmenschlichkeit beginnt immer im Denken oder im Herzen von Einzelnen. Saint-Exupéry sagte in seinem Büchlein vom kleinen Prinzen: »Das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar. Man sieht nur mit dem Herzen gut.« Solche Ansätze führen in eine menschliche Zukunft.

BB: Was halten Sie von der Wiedereinführung der Vermögensteuer? Kann z.B. die von der Partei Die Linke geforderte Millionärsteuer von 5% Abhilfe schaffen?

ChK: Ja. Eine Erhöhung der Einkommensteuer reicht nicht. Wir brauchen eine echte, an Marktwerten orientierte Vermögensteuer. Über die Höhe kann man diskutieren, auch über die Freibeträge, die es auf jeden Fall geben sollte. Politisch wäre das der beste Weg. Die Vermögen der deutschen privaten Haushalte betragen über 11 Billionen Euro. Bei einer Vermögensteuer von z.B. 3% pro Jahr könnten in Deutschland, selbst nach Berücksichtigung von Freibeträgen, leicht über 100 Mio. Euro pro Jahr fließen. Dieses Geld könnte man dazu verwenden, die Sozialbeiträge zu senken, z.B. die Rentenbeiträge von 19 auf 10%. Dann hätten wir statt einer Krise einen Boom und eine deutliche Zunahme von Arbeitsplätzen, statt Zunahme von Arbeitslosigkeit.

Das gilt auch für Griechenland oder Spanien. Die Krise dort wäre ökonomisch gesehen im Prinzip sehr einfach zu überwinden. Aber man tut heute das genaue Gegenteil in den Krisenländern: Man erhöht die Steuern auf die Einnahmen oder Ausgaben der einfachen Menschen, um die Zinsen, Dividenden und Bodenrenten der Vermögenden zu

sichern. Eine perverse »Krisenpolitik«, die vom IWF und anderen verordnet wird, die das genaue Gegenteil dessen bewirkt, was sie behauptet. Dies als ein Beispiel für die oben erwähnte tiefe Unehrlichkeit.

BB: Wir sind uns darin einig, dass es – nach Peter Kafka – kein »Naturrecht auf Einkommen aus Eigentum« geben darf?

ChK: Ja.

BB: Was würden Sie denn vorschlagen, um die leistungslosen Einkommen aus Bodeneigentum zu neutralisieren?

ChK: Das gleiche: Eine Vermögensteuer von beispielsweise 3% pro Jahr auf den Marktwert von Boden, der nicht selbst bearbeitet wird, und Immobilien, die nicht selbst bewohnt werden. Also nicht der Landwirt, der seinen Boden bebaut, wird besteuert, sondern nur derjenige, der Ländereien verpachtet. Nicht der Häuslebauer, der sein eigenes Haus bewohnt, wird besteuert, sondern der große Immobilieneigentümer, der lediglich Bodenrente erhält.

Man könnte auch mit Freibeträgen von vielleicht 0,5 bis 3 Mio. Euro Marktwert pro Mensch arbeiten, ab denen erst eine Vermögensteuer zu entrichten ist. Da der nicht selbst bewohnte Grund und Boden in Deutschland in Händen von etwa 11% der Bevölkerung ist, müssten einer solchen Steuer bei einer demokratischen Abstimmung eigentlich 89% aller Mitbürger zustimmen. Aber interessanterweise kommt es zu keiner solchen Abstimmung oder breiteren Aufklärung zu diesem Thema bei uns.

BB: Im Geldbereich plädiert die INWO für eine Umlaufsicherungsgebühr auf Liquidität. Was halten Sie von der Idee?

ChK: Sie ist gut und richtig. Es gibt ein paar wirtschaftsgeschichtliche Beispiele, wie gut umlaufesichertes Geld in Krisensituationen funktionieren kann, z.B. die Arbeitswertscheine in der österreichischen Gemeinde Wörgl 1932/33 oder die »Wära« in Mitteldeutschland und Bayern bis zum Frühjahr 1931. Beide wurden gesetzlich und unter Androhung von Staatsgewalt verboten, als die beteiligten Gemeinden florierten. Dort wurden in der Realwirtschaft äußerst erfolgreiche Modelle bewusst zerstört. Man fragt sich nur: Warum? Wer hatte davon Nutzen? Es gibt immer auch Gewinner solcher Maßnahmen. Die weitere Ausbreitung dieser für die große Mehrheit der Bevölkerung se-

gensreichen Geldmodelle, die sich damals deutlich abzeichnete – 1933 wollten hunderte Städte und Gemeinden in Österreich und Deutschland das Wörgl-Modell kopieren –, hätte langfristig zum Zerschlagen großer Geldmacht geführt. Das haben der deutsche Finanzminister Hermann Dietrich unter Reichskanzler Heinrich Brüning 1931 und die österreichische Nationalbank unter Viktor Kienböck 1933 mit Erfolg verhindert.



Christian Kreiß studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte in München über die Große Depression 1929 bis 1932. Nach neun Jahren Berufstätigkeit als Bankier in verschiedenen Geschäftsbanken, davon sieben Jahre als investment banker, unterrichtet er seit 2002 als Professor an der Hochschule Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. 2004 und 2006 hielt er an der University of Maine, USA, Master of Business Administration (MBA)-Vorlesungen über investment banking. Zahlreiche Veröffentlichungen, Vorträge, Rundfunk- und Fernsehinterviews zur aktuellen Finanzkrise, geplantem Verschleiß und Wegen in eine menschengerechte Wirtschaft.

BB: Würden Sie den pragmatischen Gedanken des Citigroup-Chefökonom Willem Buiter unterstützen, der seinem Harvard-Kollegen Greg Mankiw beipflichtete und zur einfacheren Umsetzung von Silvio Gesells Idee des rostenden Geldes dazu riet, das Bargeld gleich ganz abzuschaffen und die Gebühren auf elektronischem Weg von den Konten zu erheben?

ChK: Das wäre momentan vielleicht ein etwas radikaler Weg, denn viele Menschen hängen psychisch noch an Bargeld. Aber die Grundidee ist nicht schlecht und könnte ein langfristiges Ziel sein, auf das hinarbeiten sich lohnt. ■